

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

24.9.1930 (No. 222)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 9,25 RM, einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen tagesweise Rabatt, der als Kassenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Reichsministerbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlagte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Gegen das Putschgerede Zuversicht des Reichspräsidenten

Reichspräsident v. Hindenburg ist von verschiedenen Vertretern der nordamerikanischen Publizistik gebeten worden, zu den Alarmnachrichten Stellung zu nehmen, die in den letzten Tagen über die deutsche Lage in Amerika verbreitet worden sind. Seiner Gemüthsart entsprechend hat der Reichspräsident eine unmittelbare Antwort nicht gegeben. Er hat jedoch in seiner am Montag mit dem Reichskanzler geführten Unterhaltung diesen ermächtigt, zu erklären, daß er die vom Reichskanzler am letzten Samstag dem Berliner Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbüros gegebenen Ausführungen dollinhaltlich teile. Auch der Reichspräsident ist der Auffassung, daß eine Putschgefahr in irgendeinem Bezirk Deutschlands in keiner Weise vorliegt; übrigens würden die vorhandenen Volkswirtschaftsorgane durchwegs ausreichen, in kürzester Zeit Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Keine Gefährdung des deutschen Auslandskredits Zu den Goldabgaben der Reichsbank

Die Reichsbank hat am Samstagabend aus ihrem Bestand für 85 Millionen Reichsmark Gold an die Bank von Frankreich abgegeben. Inzwischen ist ein neuer Goldtransport nach Frankreich nicht erfolgt. Von maßgebender Seite wird dazu erklärt, daß es falsch sei, wenn die Öffentlichkeit solche Goldabgaben eines Noteninstituts, die der natürlichen Regulierung zwischen den Währungen dienen, als Alarmnachricht betrachte.

Rotbermere für die Nationalsozialisten Er verlangt Revision der Friedensverträge

W.B. London, 24. Sept. (Tel.) Der früher scharf deutschfeindliche englische Zeitungsmagnat Lord Rotbermere, der auch dadurch bekannt geworden ist, daß er eine Revision des Friedensvertrags zugunsten Ungarns verlangt hat und in England übrigens eine sehr umstrittene Stellung hat, hat seinem Blatt „Daily Mail“ aus München, wo er sich zur Zeit aufhält, einen Aufsatz zugesandt, in dem er sich mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen beschäftigt und u. a. schreibt, der große Wahlerfolg der Nationalsozialisten bedeutet die Wiedergeburt Deutschlands als einer Nation und eine Volkskraft an die Welt, daß die deutsche Jugend beiderlei Geschlechts entschlossen sei, sich an der Leitung der nationalen Angelegenheiten zu beteiligen. Rotbermere, der dem britischen Volk empfiehlt, der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber keine feindselige Haltung anzunehmen, betrachtet die Verschiebung des politischen Einflusses in Deutschland als vorteilhaft, weil sie nach seiner Meinung einen neuen Schutzwall gegen den Bolschewismus schaffe.

Letzte Nachrichten

Was geht in der Volkspartei vor? Amorientierung nach rechts?

W.B. Berlin, 24. Sept. (Priv.-Tel.) In dem Berliner Hotel „Habsburger Hof“ fand gestern nachmittag eine Zusammenkunft führender Abgeordneter und anderer prominenter Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei statt, die sich mit der Frage beschäftigten, welche Folgerungen aus dem Wahlergebnis zu ziehen seien, um die Wähler, die die Deutsche Volkspartei und die Mitte überhaupt verlassen haben, wieder herüberzuziehen.

Ein Berliner Mittagsblatt berichtet nun über diese Besprechung, daß es sich um eine Verschwörung gegen den Parteiführer Scholz handele, dessen Stellung erschüttert sei. Demgegenüber wird festgestellt, daß die Zusammenkunft sich in keiner Weise gegen Dr. Scholz gerichtet habe. An der Besprechung nahmen Vertreter beider Flügel der Partei teil. Die Sitzung wurde von Dr. Schnell, Halle, geleitet. Der einzige Beschluß ist die Einsetzung eines Arbeitsausschusses, der die Aufgabe hat, sich mit Organisationen der Partei im Lande in Verbindung zu setzen, um den Zusammenbruch mit anderen Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten gewisse Maßnahmen von unter her in Fluß zu bringen, nachdem die Bemühungen an der Zentralfstelle ergebnislos geblieben sind. Dem Ausschuss gehören an: Dr. Schnell, Halle, Dr. Jänide, Hannover, Sembed, Lüdenscheid, Dr. Croll, Berlin, und Oberregierungsrat Biegler von der Reichszentrale für Heimatdienst.

Heute vormittag ist nun der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei zusammengetreten; heute nachmittag um 3 Uhr beginnt die erste Sitzung der neuen Reichstagsfraktion.

In politischen Kreisen gehen Gerüchte um, daß die Fraktion voraussichtlich Beschlüsse fassen werde, die ihre Stellung zum Kabinett grundlegend verändern würden. Von gut unterrichteter Seite wird uns aber berichtet, daß diese Darstellung der Stimmung in der Fraktion zu weit geht. Die Fraktion werde sich heute nachmittag auf eine Entschließung beschränken, die eine sichbare oder unsichtbare Koalition mit der Sozialdemokratie ablehnt. Offen ist noch die Frage, ob der Fraktionsführer bereits heute gewährt wird. Eine starke Gruppe unter den volksparteilichen Reichstagsabgeordneten erstrebt statt dessen die Einsetzung einer Kommission, die sofort die Verbindung mit der Wirtschaftspartei und den Konservativen und Christlich-Sozialen aufnimmt, um doch noch einen Zusammenschluß zu erreichen. Man glaubt, daß eine solche Kommission mit Verhandlungen auf neuer Basis mehr Erfolg haben würde. Es ist aber durchaus fraglich, ob diese Bestrebungen schon in der heutigen Fraktionssitzung greifbar werden.

Rücktritt des Gouverneurs der Bank von Frankreich?

W.B. Paris, 24. Sept. (Tel.) „Journal“ meldet, es sei gefleht in politischen Kreisen und an der Börse das Gerücht verbreitet gewesen, daß der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, zurücktreten werde. Der Name seines Nachfolgers sei noch nicht genannt worden. Es scheint, den eingeholten Auskünften zufolge, daß die Regierung die Wahl erst in einigen Tagen treffen werde.

Zur Besetzung Pekings Eine Erklärung Tschang Hsue-Liangs

W.B. London, 24. Sept. (Tel.) Der „Times“-Vertreter in Peking meldet: Der Gouverneur der Mandchurei, Marschall Tschang Hsue-Liang, erklärte, er habe Nordchina auf Grund einer Vollmacht der Kanting-Regierung in Besitz genommen, um das Volk zu schützen. Er werde die Zollverwaltung gegen militärische Übergriffe schützen und habe bereits den Generalinspektor angewiesen, wieder die volle Kontrolle über das Zollwesen zu übernehmen. Er fügte hinzu, er arbeite auf einen baldigen Frieden hin und bemühe sich, die Kanting-Regierung zu Reformen zu veranlassen, die alle Klassen befriedigen und für alle politischen Parteien annehmbar sein würden. Er hoffe, die Regierung werde aufhören, das Monopol einer Partei zu sein.

Die mandchurischen Militärbehörden haben in Peiping (Peking) mehrere Proklamationen veröffentlicht, in denen es heißt, die Truppen seien gekommen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und endlich in ganz China den Frieden wiederherzustellen. Für allen Bedarf der Truppen werde bezahlt werden, und es würden keine Requisitionen erfolgen. Die schweren Steuern würden nicht nur nicht erhöht, sondern vermindert werden.

Die kommunistische „Neue Zeitung“ wurde in München wegen Äußerungen des Hochverrats bis zum 1. Oktober 1930 verboten.

und sie im Laufe dieser Entwicklung die Tschekoslowakei, deren Entfaltung er übrigens ausdrücklich auf seinen und seines verstorbenen Bruders, Lord Northcliffe's, Feldzug während des Krieges zurückführt, von der Bildfläche verschwinden würde.

Am Schluß seines Aufsatzes wiederholt Lord Northmere noch seinen bereits vor einem Jahre gemachten Vorschlag, daß die britische Regierung Deutschland die afrikanischen Kolonien mit Ausnahme von Südwestafrika zurückgeben sollte, die es ihm während des Krieges wegnahm.

*Das Kabinett, die Lage und die Parteien

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag in vierstündiger Sitzung über das große Reformprogramm beraten. Anfangs bestand der Wunsch, diese Beratung an einem Tage zu Ende zu führen. Es haben sich aber so viele Schwierigkeiten ergeben, daß man wohl vor Samstag die Beratungen nicht abgeschlossen haben wird. Vorher selbst halten diese Einigung für durchaus möglich und erhoffen sie dringend, weil die bisherige Zusammenarbeit der Kabinettsmitglieder doch zweifellos die Gewähr für die Durchführung einer vernünftigen Reformpolitik bietet, und weil eine jede Hinauszögerung der Veröffentlichung des Programms aus inner- und außenpolitischen Gründen bedenklich ist.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt wird nunmehr auf etwa 500 Millionen geschätzt. Er setzt sich zusammen aus einem Mindersteuervertrag von 300 Millionen (1) und einer Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung, die auf 400 Millionen beziffert wird. Da das Reich nach Artikel 4 der Notverordnung davon die Hälfte zu tragen hat, wären also zunächst etwa 500 Millionen Defizit zu decken. Man rechnet allgemein mit einer Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung, und zwar auf 6½ Prozent. Wenn im Zusammenhang mit der Ankündigung einer solchen Erhöhung betont wird, daß eine Steuererhöhung oder eine Einführung neuer Steuern nicht beschlossen werden würde, so ist das nur ein schwacher Trost. Denn die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 4½ auf 6½ Prozent bedingt praktisch eine neue Belastung in einem Ausmaß, das man ihrer Auswirkung nur mit der größten Sorge entgegensehen kann. Aber die weiteren Maßnahmen zur Deckung des Defizits soll erst in den nächsten Tagen Beschluß gefaßt werden.

Aber das neue Reformprogramm, das sich im wesentlichen auf das Etatsjahr 1931/32 beziehen wird, sollen gleichfalls in den nächsten Tagen die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß man unbedingt Politik auf längere Sicht betreiben müsse. Wie es halbamtlich heißt, werde die Reichsregierung ohne jede Beschönigung von den nächsteren Tatsachen ausgehen, wie sie nun einmal gegeben sind. Die Reformen würden also sehr umfassend sein. Daß diese Reform sich in erster Linie auf die Arbeitslosenversicherung und die damit im Zusammenhang stehende Arbeitslosigkeit erstrecken wird, versteht sich von selbst. Ohne grundlegende Änderung der bisherigen Lohnpolitik wird man wohl der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden. Also wird angenommen, daß das Kabinett auch nach dieser Richtung hin weittragende Beschlüsse fassen wird.

Wie steht es nun mit den Parteien? Der sozialdemokratische Parteiaussschuh hat gestern in stundenlanger Erörterung die Lage besprochen. Die Auffassungen gingen aber so weit auseinander, daß keine Beschlüsse gefaßt werden konnten. — Für den Christlich-Sozialen Volksdienst hat ein Führer erklärt, daß der Volksdienst sich nicht als Rechtspartei schlechthin betrachte und mit den Konservativen und dem Landvolk keine Fraktionsgemeinschaft einzugehen gedenke. — Aus dem Bereich der Deutschen Staatspartei interessiert die Mitteilung, daß die demokratische Fraktion des Preussischen Landtags es abgelehnt hat, sich als preussische Fraktion der Deutschen Staatspartei zu konstituieren. Das ist gleichbedeutend mit einer glatten Abgabe an die Deutsche Staatspartei. Wahrscheinlich glaubt man in den Kreisen der preussischen Demokraten, daß man auf die Dauer mit dem Worte „Demokratie“ doch noch besser vorwärtskommen werde, als mit einer Parteibezeichnung, die sich im Wahlkampf durchaus nicht bewährt hat. Trotz des Bündnisses mit dem Jungdeutschen Orden sind die Stimmen für das, was sich früher „Demokratische Partei“ nannte und jetzt „Deutsche Staatspartei“ heißt, noch weiter zurückgegangen.

Nun zu den Nationalsozialisten! Herr Göbbels hat dieser Tage erklärt, man „werde sich vom Staat bezahlen lassen, um ihn dann um so sicherer stürzen zu können“. Das heißt also, daß man in die Regierung und die Verwaltung hinein will, um so sein Ziel zu erreichen. Die Erklärung von Göbbels stehen wieder andere Äußerungen gegenüber, nach welchen die Nationalsozialisten gar nicht daran denken, jetzt schon die Verantwortung mit zu über-

nehmen; sie wollen eine weitere Komplizierung der Lage abwarten, weil sie davon die schließliche Eroberung der Stimmenmehrheit erhoffen.

Praktisch haben die Nationalsozialisten also außer dem gewalttätigen Umsturz, den sie aber gerade in der letzten Zeit in ihren offiziellen Reden als politisches Kampfmittel weit von sich gewiesen haben, nur zwei Wege offen: den Weg über die Parlamente und die Verwaltungen, also den Weg der Mitarbeit, oder den Weg, der über neue Wahlen zur Erringung der Stimmenmehrheit führt. Dieser zweite Weg kann sich als ein Irrweg erweisen, zumal dann, wenn neue Gelegenheiten zum Wählen gar nicht da sind. Und im übrigen können ja wohl gewisse Forderungen, die dem Nationalsozialismus am nächsten am Herzen liegen, nur durch eine Zweidrittelmehrheit verwirklicht werden, weil sie verfassungsgändernder Natur sind. Da das Reichskabinett prinzipiell beschlossen hat, über sein Reformprogramm und dessen Behandlung im Parlamente mit allen Parteien zu verhandeln, wird man wohl schon in nächster Woche erfahren, wie die Stellung der Nationalsozialisten ist.

Inzwischen kommt die Meldung, daß auf Antrag der Reichswehr beim Reichsgericht die Einleitung eines Hochverratsverfahrens gegen Hitler und Goebbels anhängig gemacht worden sei. Man wird diesen Antrag nicht allein vom juristischen Standpunkt aus zu betrachten haben, sondern auch vom politischen.

Im Reichstagsgebäude hat sich gestern ein recht interessanter Streit zwischen den Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgepielt, welche von den beiden Parteien die am weitesten rechtsstehende sei und demgemäß die äußersten Plätze auf der Rechten zu beanspruchen habe. Es ist immerhin beachtenswert, daß Herr Eugen-berg überhaupt danach geizt, mit Hitler und seinen Leuten derart in Konkurrenz zu treten. Einstweilen haben die Nationalsozialisten „gesiegt“, doch nur vorbehaltlich der Zustimmung des Ältestenrats.

Schließlich sei registriert, daß der Reichslandsbund des Herrn Schiele mehrere Resolutionen gefaßt hat, die ein Programm von Forderungen enthalten. Der Reichslandsbund verlangt die Ausschaltung von Parteikoalitionen und statt dessen die Berufung unabhängiger und willensstarker, nationaler Führer durch den Reichspräsidenten. Die nationale Kampforganisation solle weiter getrieben werden, „bis die Macht des Marxismus in Reich und Ländern gebrochen sei“. Rein agrarpolitische Forderungen sind folgende: sofortige Erhöhung des Vermahlungszwanges für Weizen auf 90 Prozent, Erhöhung des Zollsatzes für Weizen und Einführung eines Beimischungszwanges von inländischem Weizenmehl zu ausländischem Weizenmehl, schnelle Einführung eines Beimischungszwanges von Roggenmehl zu allem Weizenmehl, Verschärfung der im Brotgesetz vorgesehenen Quoten, Kontrolle der Durchführung des Brotgesetzes, energisches Einschreiten der Reichsregierung gegen Börsenspekulation, schnelle Einführung eines Verwendungszwanges für inländische Gerste und eines ausreichenden Zollsatzes für Weizenkleie. Weiter wird die sofortige Erklärung des Zahlungsaufschubs gegenüber der Entente und innerpolitisch in erster Linie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Beseitigung der Ursachen gefordert. Die Rentabilität der Landwirtschaft solle — auch im Interesse der Arbeitslosen — wieder hergestellt werden. Weitere Steuererhöhungen werden abgelehnt. Gefordert wird eine Reform der öffentlichen Ausgabenwirtschaft. Und diese Reform soll auch vor Verwaltungs- und Verfassungsänderungen nicht zurücktreten. Durch Einführung des Vetorechts einer zweiten Kammer soll der Ausgabenbewilligungsfreudigkeit der Parlamente ein Riegel vorgegeben werden. Bis zum Spruchreife werden derartige Maßnahmen sollen die Befugnisse des Reichskommissars erheblich vermehrt werden. Schließlich wird die sofortige Anpassung der Gehälter und Löhne an die gesunkene Leistungsfähigkeit der Wirtschaft als unbedingt geboten bezeichnet.

Da Herr Schiele als Vertreter des Reichslandsbundes im Kabinett sitzt, wird sich auch das Kabinett mit diesem Programm auseinandersetzen haben.

Das Heidelberger Theater bleibt. In seiner Dienstagabend abgehaltenen Sitzung stimmte der Bürgerausschuß Heidelberg dem Plan des Intendanten Hahn zur Weiterführung des Heidelberger Theaters zu. Das Theater wird hiernach auf die Dauer von 8 Jahren an Hahn verpachtet und ihm das Gebäude, das Orchester, Heizung und Beleuchtung usw. zur Verfügung gestellt. Somit erhält Hahn keinerlei Zuschüsse; der Betrag von 80 000 M für Heizung und Beleuchtung wurde sogar auf 25 000 M herabgesetzt. Gegen den Beschluß stimmten die Kommunisten und Sozialdemokraten. Das Theater öffnet nun am 28. September zum ersten Male wieder seine Pforten.

Camilla Zellinet 70 Jahre alt. Die in der deutschen Frauenbewegung in vorderster Reihe stehende Witwe des 1911 verstorbenen Staatsrechtlers an der Heidelberger Universität, des Geh. Hofrats Prof. Dr. Georg Zellinet, Camilla Zellinet, kann am heutigen Mittwoch in großer geistiger und körperlicher Rüstigkeit ihren 70. Geburtstag begehen. Seit Gründung des Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen ist sie dessen Mitglied und seit 1925 dessen Vorsitzende. Seit 15 Jahren ist sie auch Mitglied des Gesamtvorstandes des Bundes deutscher Frauenvereine. Sie ist außerdem Vorsitzende der Rechtskommission des Bundes deutscher Frauenvereine und wurde von diesem als das einzige deutsche Mitglied der Rechtskommission des Internationalen Frauenbundes delegiert. Damit ist zugleich verbunden, daß sie an Tagungen des Internationalen Frauenbundes in einer Reihe ausländischer Städte teilnimmt.

Auszeichnung eines Kieler Gelehrten. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Heidelberg hat dem Professor Dr. Werner Bedemeyer, dem ordentlichen Professor des bürgerlichen und römischen Rechts und des Zivilprozessrechts an der Universität Kiel, die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Die Genfer Beratungen

Der Ausschuß für europäische Zusammenarbeit

Der vom Völkerbunde eingesetzte Studienausschuß für die Frage der europäischen Zusammenarbeit hat in seiner konstituierenden Sitzung am Dienstag Briand zum Vorsitzenden und Sir Drummond zum Sekretär gewählt. Die nächste Sitzung findet im Januar 1931 statt.

W.B. Paris, 24. Sept. (Tel.). „Reit Journal“ schreibt über die Europaunion: An Arbeit wird es dem Europaausschuß nicht fehlen. Der Winter wird sich besonders hart für mehrere durch die Wirtschaftskrise stark heimgeführten Länder anlassen. Es ist Aufgabe des Europaausschusses, den Grundgedanken der Solidarität seiner Mitglieder zu proklamieren und nötigenfalls eine besondere Hilfeleistung für diejenigen, die am härtesten getroffen sein werden, ins Werk zu setzen. Es ist aufrichtig zu wünschen, daß dies nicht für Deutschland gilt, aber schließlich können die mächtigsten Nationen in gewissen kritischen Augenblicken erdrückt werden. Deutschland und sogar Frankreich haben angestrebte Stunden während ihrer Inflationskrisen kennengelernt. Eine der ersten Aufgaben, die sich Europa stellen müsse, ist, sich gewissermaßen als „Gesellschaft für gegenseitige Hilfeleistung“ zu konstituieren, um die praktische Bedeutung einer derartigen Organisation und vor allem ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber den Mächten der Auflösung zu verstärken.

Die Wirtschaftsfragen

In dem Wirtschaftsausschuß wurde am Dienstag die Generaldebatte zum Abschluß gebracht. Es soll versucht werden, bis Freitag die vorläufig noch nicht unerheblich divergierenden Auffassungen in einem gemeinsamen Bericht zu einigen. Es wurde ein Antrag der indischen Delegation angenommen, der über die Behandlung der europäischen Probleme hinausgehend eine allgemeine Unterweisung der Weltwirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung der Agrarfragen verlangt. Der deutsche Delegierte, Freiherr von Rheinbaben, hat diesem Antrag ausdrücklich zugestimmt.

Ermahnung verdient noch die Tatsache, daß der französische Vorschlag auf Schaffung eines ständigen Schiedsgerichtshofes für die Schlichtung von Handelsstreitigkeiten, gegen den sich gestern bereits der deutsche Delegierte gewandt hat, heute auch von der Schweiz und Großbritannien abgelehnt worden ist.

Die Abrüstung

Die Genfer Bemühungen, um die Aufstellung eines allgemeinen Abkommens zur Verhinderung der Krieg verübenden Mittel im Sinne der 1928 gemachten deutschen Vorschläge sind vorläufig fehlgeschlagen. Man rechnet damit, daß die Völkerbundsversammlung am 4. Oktober zu Ende geht. Deutschland hatte für den Fall einer Kriegsverhinderung eine Reihe von militärischen und nichtmilitärischen Maßnahmen vorgeschlagen, die der Völkerbund anordnen und jeden in Frage kommenden Staat zu befolgen sich verpflichten sollte. Bereits im Sicherheitskomitee ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über den Umfang und die Tragweite dieser Maßnahmen, insbesondere über die Frage der Kontrolle und der etwa zu ergreifenden Sanktionen. Der Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung teilte mit, daß er über die Grundgedanken des Abkommens, vor allem über die Verhütung bewaffneter Zusammenstöße und Grenzverletzungen und die Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle vollkommen einig geworden sei, daß sich aber hinsichtlich der vom Völkerbundrat anzunehmenden militärischen Maßnahmen keine einheitliche Auffassung erzielen ließe. Infolgedessen beschloß der Ausschuß, den Völkerbundrat zu ersuchen, für die noch offenen Fragen ein Studienkomitee einzusetzen, das der Völkerbundsversammlung des nächsten Jahres im Benehmen mit den beteiligten Regierungen Vorschläge unterbreiten soll.

Die erste Reichstagsitzung

Die erste Sitzung des neuen Reichstags, die am 13. Oktober stattfindet, soll um 15 Uhr beginnen. In ihr wird lediglich die Beschlussfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf der Mitglieder festgestellt. Die Sitzung wird eröffnet und geleitet von einem Alterspräsidenten. Nach der Zahl der Lebensjahre wird dies der Zentrumsgabende Herold sein, da der bisherige Senior des Reichstags, der sozialdemokratische Abgeordnete Doß, Gotha, für diesen Reichstag nicht wieder kandidiert hat. Der nächstälteste Abgeordnete nach Herold ist der Abgeordnete D. Rahl (Deutsche Volkspartei). Es steht auch schon fest, daß am Dienstag, 14. Oktober, die Wahl des Präsidiums des Reichstags vorgenommen werden wird.

Im Reichstagsgebäude fand am Dienstag die Besprechung des Präsidenten Rabe mit den Parteiführern über die Platzverteilung im Plenarsitzungsraum des Reichstages statt. Der Besprechung lagen sechs Vorschläge zugrunde. Angenommen wurde schließlich der Vorschlag, vorn im Sitzungssaal vier oder fünf Reihen bestehen zu lassen, und für alle übrigen Abgeordneten nur Stühle zur Verfügung zu stellen, um so alle Abgeordnete im Sitzungssaal unterzubringen. Der deutschnationale Herrg meldete hierauf für seine Partei den Anspruch auf die Plätze auf der äußersten Rechten des Sitzungssaales an. Für die Nationalsozialisten protestierte Dr. Fritd hiergegen. Der Anspruch der Nationalsozialisten auf die Plätze der äußersten Rechten wurde schließlich vorläufig anerkannt.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Fast 3 Millionen Arbeitslose

Wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bekannt gibt, hat die zahlenmäßige Belastung der Arbeitslosenversicherung in der ersten Hälfte des September etwas abgenommen, die der Krisenunterstützung ist dagegen weiter gestiegen. Mit rund 1 503 000 Köpfen bleibt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um etwa 3500 hinter dem Stande vom 31. August zurück. Zusammen mit den annähernd 459 000 Krisenunterstützten hat die Belastung beider Unterstützungsrichtungen eine Gesamtzahl von rund 1 962 000 erreicht und ist damit um 15 000 höher als Ende August. Erheblich stärker, etwa 103 000, ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten verfügbaren Arbeitsuchenden gestiegen. Setzt man diejenigen ab, die noch in geübter oder ungeübter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so verbleibt Mitte September eine Zahl von rund 2 983 000 Arbeitslose. Das Anwachsen dieser Zahl gegenüber Ende August um ungefähr 100 000 Köpfe, ist ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft weiterhin in der Depression verharrt.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Prag. Aus Prag wird über antideutsche Kundgebungen jugendlicher faschistischer Elemente berichtet. Die Menge wollte vor die deutsche Gesandtschaft ziehen, sammelte sich aber letztendlich vor einem benachbarten Privathaus und stieß dort Schmähsprüche gegen Deutschland aus.

Die Ulmer Offiziere vor dem Reichsgericht

Die Vernehmung der Angeklagten — Hitler als Zeuge geladen

Im Verlauf des Prozesses vor dem Reichsgericht, über dessen geistigen Beginn wir schon berichtet haben, erklärte der Angeklagte Ludin, die drei Angeklagten seien nach München gefahren, weil Wendt und Scheringer mit ihrer Verabschiedung hätten rechnen müssen und beide versuchen wollten, ein Interkommen zu finden. Sie hätten geglaubt, sich bei der NSDAP betätigen zu können und sich deshalb über die Ziele der Partei erkundigen wollen. Es sei ihnen aber in München ausdrücklich erklärt worden, irgendeine illegale Verbindung mit der Armee könne nicht in Betracht kommen; alles, was die Partei tue, könne nur auf verfassungsmäßigem Wege geschehen. Ludin wird darauf hingewiesen, daß ihm die Aufzählung, er wolle möglichst in jedem Wehrkreis einige zuverlässige Leute haben, besonders schwer befaßt und den Schluß auf die Absicht einer nationalsozialistischen Zellenbildung innerhalb der Reichswehr nahelege. Weiter wird von dem Vorsitzenden an Ludin die Frage gerichtet, was die Aufzählung zu bedeuten habe, die Entwicklung werde sich über mehrere Jahre erstrecken, weil alle Teile aus dem Hitlerputz gelernt hätten. Ludin erklärte, daß gerade diese Aufzählung gegen die Absicht eines gewalttätigen Umsturzes spreche, da der Zusammenbruch des Hitlerputzes den Beweis dafür erbracht habe, daß auf illegalem Wege nichts zu erreichen sei. Auch Wendt erklärte, daß ihm und seinen Kameraden eine Umsturzabsicht ferngelegen habe. Sie hätten lediglich von unten her die wahre Volkstimmung, die gegen den Versailler Vertrag und gegen den Youngplan gewesen sei, zur Kenntnis des Reichswehrministeriums bringen wollen, das dann seine Konsequenzen hätte ziehen können.

Der als Sachverständige ernannte Major Theissen vom Reichswehrministerium führte u. a. aus, die Aufgabe der Reichswehr sei darin begrenzt, daß sie als Organ der Reichsregierung zu wirken habe. Ob sie eingesetzt werde zum Schutze der Grenzen oder zum Befreiungskampf, sei allein Sache der Reichsregierung. Der Einsatz erfolge auf Befehl des obersten Befehlshabers, des Herrn Reichspräsidenten, „von einer Nichtstimmung, wie sie hier geschildert wird, habe ich nichts gehört“, erklärte Major Theissen schließlich.

Die Angeklagten erklärten im Anschluß an diese Ausführungen, sie wüßten sehr wohl, daß Soldaten sich nicht politisch betätigen dürften.

Ferner wurde die Reise Ludins nach Berlin erörtert. Der Angeklagte hatte sich dort für den 1. Dezember mit zwei Offizieren der Berliner Garnison zu einer Zusammenkunft verabredet und in einem die Verabredung betreffenden Brief die Bemerkung „Bitte verbrennen!“ hineingeschrieben. Schon auf dem Wege zum Weinhäus Rheingold soll Ludin den Zweck der Zusammenkunft dahin umrissen haben, sich darüber klar zu werden, wie die Reichswehr sich verhalten solle, wenn die Nationalsozialisten die Regierung zu stürzen versuchen würden. Das Ziel sei, die jetzige Regierung durch eine andere zu ersetzen, die den Versailler Vertrag und die Kriegsschuldfrage beseitigen und eine bessere Ordnung schaffen werde. Wenn die Ziele nicht auf anderem Wege zu erreichen wären, bliebe der Umsturz als letztes Mittel. Ludin bestritt, irgendwelche Ausführungen gemacht zu haben, die zum gewalttätigen Umsturz aufforderten.

Die Vernehmung der Angeklagten schloß mit verschiedenen Fragen des Vorsitzenden an den Angeklagten Wendt, so z. B. wie er sich denn das sog. dritte Reich Hitlers vorstelle? Wendt begnügte sich aber mit der kurzen Erklärung, daß dies das Reich sei, das die NSDAP auf legalen Wege erziehe, wie das jetzt die Wahlen gezeigt hätten.

Zum Schluß stellt Rechtsanwalt Frank (München) als Verteidiger Wendts den Antrag, den Führer der NSDAP, Hitler, als Zeugen zu laden, und ihn darüber zu vernehmen, daß die NSDAP weit davon abstehe, auf illegalem Wege die Verfassung zu ändern; denn von dieser Aussage hänge sehr viel für die Angeklagten ab. Es erging ein Beschluß des Gerichtes dahin, dem Antrage Dr. Frank stattzugeben. Hitler, der sich zur Zeit in Verdachtsgraben zur Erholung aufhält, soll vom Reichsanwalt auf schnellstem Wege für Donnerstag vormittag als Zeuge geladen werden.

W.B. Leipzig, 24. Sept. (Tel.). Der zweite Verhandlungstag ist der Vernehmung der geladenen Zeugen gewidmet, die mit in der Hauptfrage aus Offizieren verschiedener Chargen, vom Leutnant bis zum Obersten, sich zusammenschließen. Rechtsanwalt Dr. Saß beantragte, auch den Generalobersten Hege und General Wenker als Zeugen zu laden, weil diese Herren nach dem Ergebnis der Voruntersuchung ausgelagt hatten, daß Scheringer nicht gegen seine Pflicht gehandelt habe. Ferner sei zugegeben worden, daß Fehler vorgekommen seien, die zur Entlassung der verantwortlichen Offiziere geführt hätten. Nach dem Ergebnis der militärischen Untersuchungen habe Scheringer jedenfalls nichts Böses im Schilde gehabt.

Die Anrufung der Zeugen bringt die erste Sensation in dem bisherigen Verlauf des Prozesses. Hauptmann Pfeffer ist nicht erschienen. Über den Grund seines Nichterscheinens gibt der Vorsitzende soeben bekannt, daß er zwar verhindert habe, das Gerichtsgebäude vor 9 Uhr zu betreten; er sei aber von dem diensttuenden Schupoamten nicht hineingelassen worden, weil er jede Auskunft über seine Person verweigert und auch nicht die Zeugenvorladung vorgelesen habe. Der Reichsanwalt beantragte gegen Hauptmann Pfeffer eine Ordnungsstrafe von 100 M wegen selbstverschuldeten Nichterscheinens.

Als erster Zeuge wurde der politische Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ in München, Wilhelm Reich, vernommen, den Scheringer und Ludin am 1. November 1929 aufgefordert hatten. Er habe den Eindruck gehabt, daß die beiden Offiziere sich lediglich rein persönlich über die Ziele der Partei hätten informieren wollen und über das Ergebnis der Befragung nicht besonders befriedigt gewesen seien. Sie hätten sich darüber beklagt, daß ihnen der gegenwärtige Kurs der Reichswehr nicht zusage, weil die Reichswehr jetzt lediglich nur noch das Vollzugsorgan eines demokratischen Systems sei. Er könne sich aber nicht mehr erinnern, daß etwas von einer allgemeinen politischen Befreiungsaktion geredet worden wäre. Ganz bestimmt aber erinnere er sich, daß irgendwelche Aufträge seitens der Partei oder seinerseits an die beiden Angeklagten nicht ergangen seien. Auch seien weder Hitler noch andere führende Parteimitglieder von dem Ergebnis dieser Besprechungen unterrichtet worden.

Hochverratsverfahren gegen Hitler und Goebbels

W.B. Berlin, 24. Sept. (Priv.-Tel.). Wie die Berliner Morgenblätter mitteilen, hat der Reichsanwalt im Laufe der Nachmittagsverhandlung im Reichswehrprozeß die Mitteilung gemacht, daß auf Antrag der Reichswehr gegen Adolf Hitler und Dr. Goebbels ein Hochverratsverfahren anhängig gemacht worden ist.

Der Einnahmerückgang der Reichsbahn. Die Verwaltungs-ratsführung der Reichsbahn, die am Montag begonnen hat, wird heute fortgesetzt. Der Verwaltungsrat wird sich mit dem bekannten Lokomotivvertrag, der Konkurrenz des Kraftfahrwe-sens und mit finanziellen Problemen beschäftigen. Der August erbrachte gegenüber dem Vorjahr einen Einnahmerückgang um 90 Millionen Reichsmark, die ersten acht Monate also ins-gesamt 480 Millionen Reichsmark.

Erwerbslosenunterstützung in Düsseldorf. Mehrere Trupps von Erwerbslosen versuchten am Dienstag, in den Straßen von Düsseldorf am Ständehaus zu demonstrieren. Nachdem die Polizei die Menge zerstreut hatte, kam es zu größeren An-sammlungen im Innern der Stadt. Die Polizei riegelte die zum Graf-Adolf-Platz führenden Straßen ab und trieb die Demonstranten auseinander.

Die internationale Hygieneausstellung in Dresden wird im Jahre 1931 wiederholt, wobei beabsichtigt ist, den sachlichen Inhalt neu zu gestalten und zu erweitern.

Kleine Chronik

„Graf Joppelin“ hat auf seiner Fahrt nach Finnland am Dienstag in Berlin eine Zwischenlandung vorgenommen. Gegen 12 Uhr nachts wurde Stettin überflogen. Heute früh, 8 Uhr, Ortszeit, wurde Ribau und um 9.50 Uhr Riga unter lebhaftem Jubel der Bevölkerung überflogen.

In Heimbach bei Hall war am 14. September das 2 1/2 Jahre alte Söhnchen des Arbeiters Windmüller plötzlich ge-storben. Der Vater hatte als Todesursache angegeben, das Kind sei vom Heustock gefallen. Er hat nunmehr gestanden, das Kind, das in der Entwicklung etwas zurückgeblieben war, getötet zu haben, indem er es mit dem Kopfe gegen den Bo-den schlug.

Der Arzt des Krankenhauses Hamm (Westfalen), Dr. Frigler, ein geborener Tischdeckschloßer, ist als lästiger Ausländer aus Deutschland ausgewiesen worden, weil er in national-sozialistischen Wahlversammlungen und StraßenDemonstrationen zur Bekämpfung des deutschen Staatswesens aufgefor-dert hat.

Unter dem dringenden Verdacht, einen Offenbarungseid wissenschaftlich falsch geleistet zu haben, ist die schlesische Ritter-gutsbesitzerin Frau von Puttkamer in Groß-Anstler (Kreis Wohlau) verhaftet worden.

Im Fliegerlager Chälons stürzte am Dienstag ein Flug-zeug des 11. in Metz liegenden Fliegerregiments ab. Beim Aufschlag auf den Boden ging das Flugzeug in Flammen auf. Von den 4 Insassen, sämtlich Unteroffiziere, kamen 3 ums Leben, der vierte konnte sich durch Abspringen mit dem Fallschirm retten.

Bei Stalingrad (Rußland) stieß ein Güterzug mit einer Lo-komotive zusammen, die sich über die Nebengleise legte und einen Personenzug zum Entgleisen brachte. 4 Personen wur-den getötet, 4 schwer, 10 leicht verletzt.

In Chitino bei Winsk (Rußland) wurden bei einem Kino-brande 72 Personen verletzt.

Von der Andrej-Exposition wurden weitere Dokumente ge-funden. Die Sichtung des Materials ist im Gange und dürfte Klarheit über diese Fortschrittsdiode bringen.

Die Heidelberger Skandalaffäre

Wie das Geld verschwendet wurde

Wie bereits bekannt, sind seitens der Leitung der Woh-nungsbaugesellschaft für die Vermittlung von Aufträgen erheb-liche Summen als Provisionen bezahlt worden, deren höchste sich auf 15 000 Reichsmark belief. Im ganzen wurden bisher 94 000 Reichsmark derartiger Provisionsgelder festgestellt. Nach § 286 des BGB. (Verstoß gegen die guten Sitten) wird nunmehr die Rückzahlung der meisten dieser Provisionsgelder verlangt. Am Dienstag ist — wie gemeldet — der Konkurs der Gesellschaft eröffnet worden.

Eine interessante Tatsache geht aus dem Briefe eines frü-heren Mitarbeiters von Paul Müller an die „Heidelb. N. N.“ hervor. Der Schreiber teilt mit, daß Paul Müller, der in ärmerlichen Verhältnissen lebte, im Jahre 1926 auf seine (des Schreibers) Veranlassung hin, den Posten eines Buchhalters beim Deutschen Bauverein e. V. in Sinsheim erhielt und bald darauf Kassier wurde. Damals habe Müller bereits mit Unterschlagungen begonnen, von denen der Briefschreiber der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattete. Der in den Heidel-berger Angelegenheiten mitberathende Rechtsanwalt Ludwig Müller, der damals Aufsichtsrat des Deutschen Bauvereins in Sinsheim war und dessen rechtliche Interessen vertrat, gab aber auf Anfrage der Staatsanwaltschaft diejenige Ban-ka, von der niemals Geld abgehoben wurde, während er die Verbindung mit einer zweiten Bank, von der dauernd Geld entnommen wurde, verschwieg. Infolgedessen mußte feinerzeit die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellen. Der Vorfall beweist, daß schon zu jener Zeit Paul Müller und Ludwig Müller in nicht ganz einwandfreier Weise zusammen-gearbeitet haben.

Aber die Art und Weise, wie nun die drei Geschäftsführer es verstanden haben, die Millionen, die ihnen durch die Finger liefen, zu verschleiern, bringt das „Heidelb. Tagebl.“ einige Einzelheiten, die einen furchtbaren Einblick in die Geschäfts-moral dieser Auch-Kaufleute wirft. Es heißt da u. a.: „Man erzählt uns, daß der Geschäftsführer Paul Müller in seiner luxuriös eingerichteten Wohnung in der Lessing-straße fast Abend für Abend große Gattereien gab, wobei Sekt, erlesene Weine und Liköre sowie die teuersten Delikatessen eine Selbstverständlichkeit waren, und daß seine Gemahlin, die „Gnädige Frau“, eine frühere Bardame, sich nicht scheute, manchmal im seidenen Pyjama mitten in der Tafelrunde der guten Freunde zu sitzen und den Sekt aus ihrem Stiefelchen trinken zu lassen oder im Suff ihre Geschnitte und Brillanten achlos über den Tisch zu werfen, Brillanten, gekauft vom Geld, das pfennigweise in Opferbüchsen gesammelt war und aus milden Gaben stammte, bestimmt für edle Aufgaben der Kran-kenhilfe und Schulerziehung.“

Nur ein kleines Beispiel, wie mit dem Gelde gehandelt wurde: Vor kurzem wurde im Büro der Wohnungsbaugesellschaft die Rechnung eines Mannheimer Geschäfts von 1200 Reichs-mark für gelieferte Spitzen für Damenwäsche präsentiert. Rechtsanwalt Bähr, der juristische Beirat der Kongregation, fragte höchst erstaunt bei der Firma an, was es denn mit dieser Spitzenrechnung für eine Baugesellschaft für eine Wapandnis habe. Er bekam zur Antwort, daß Rechtsanwalt Ludwig Müller in Begleitung einer „zierlichen, jungen Dame“ die Spitzen gekauft und angeordnet habe, die Rechnung zur Einlösung bei der Baugesellschaft einzureichen.

Ein besonders dunkles Kapitel ist bei der Wohnungsbauge-sellschaft das Arbeiten mit Schmiergeldern gewesen. Die vor-geschundenen Belege ergeben darüber geradezu erschütternde Be-weise.

Wegen Störung der Schweiternkongregation in Speyer sind, wie man hört, seit Montag Verhandlungen mit der Diözese Speyer im Gange, die die Erlangung von Bürgschaften zum Ziele haben, da ein Konkurs der Kongregation wegen der schweren Folgen auf jeden Fall vermieden werden soll.

Badischer Teil

Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Frankfurt-Basel

Wie aus einer Notiz in Nr. 709 der „Frankfurter Zeitung“ vom 23. September 1930 ersichtlich, hat erfreulicherweise jetzt auch der Frankfurter Oberbürgermeister den von mir bereits am 21. Mai d. J. in der „Karlsruher Zeitung“ ausgeführten Gedanken aufgegriffen, zur Erleichterung des Arbeitsmarktes die Umstellung des Betriebes auf den Bahnstrecken Frank-furt-Basel auf den elektrischen, möglichst rasch durchzuführen. Nicht nur die in seinem auf der Herbsttagung des Landes-eisenbahnrates Frankfurt betonten, zur Umstellung auf den elektrischen Betrieb unmittelbar erforderlichen Bauarbeiten, schaffen Verdienstmöglichkeiten, sondern Hand in Hand mit der Umstellung geht zweckmäßig auch die Beschaffung der für den elektrischen Betrieb benötigten Energie, d. h. der Ausbau einer Oberleitungsanlage sowie des zweiten Ausbaues des Schlus-senwerkes, der weiteren Tausenden Arbeitern jahrelang Be-schäftigung bieten würde.

Da alle diese Arbeiten rentabel sind, läßt sich ihre Durchfüh-rung auch mit nicht im Inland selbst gebildetem Kapital weit mehr rechtfertigen, als etwa zu dem Bau von Wohnungen und Straßen.

Dr. Helmle.

Der badische Staatspräsident über das Jugendherbergswerk

Der bad. Staatspräsident hat zu dem Wert der deut-schen Jugendherbergen in folgenden Worten sich über das Jugendherbergswerk ausgesprochen:

„Das Jugendherbergswerk, aus der selbstlosen Hingabe deut-scher Jugendbezieher erwachsen, hat mit seinen Einrichtungen eine solche Bedeutung erlangt, daß kein Führer des Volkes mehr an ihm vorbeigehen wird. Auch ich schätze die Arbeit, die das Jugendherbergswerk in sozialem, erzieherischem und vaterländischem Wirken zum Besten der heranwachsenden Ju-gend geleistet hat, hoch und möchte wünschen, daß alle Schich-ten der Bevölkerung, nicht zuletzt auch alle amtlichen Stellen, diesem Werk die Förderung angedeihen läßt.“

Beginn des Rheinbrückenbaues Mannheim-Ludwigshafen

Nachdem das Abereininkommen über den Bau der drei Rhein-bridgen bei Mannheim, Speyer und Magau nach einer Mit-teilung des Reichsverkehrsministers endgültig festgelegt ist, werden nunmehr die Arbeiten für den Brückenbau Mannheim-Ludwigshafen, der als der dringlichste anerkannt wurde, in Angriff genommen. Die neue Rheinbrücke wird nach einem Entwurf von Reichsbahnoberrat Krabbe, Essen, direkt oberhalb der bisherigen Brücke errichtet werden. Sie dient als Eisen-bahnbrücke, während auf der alten Brücke zwei Verkehrs-straßen nach dem Einbahnsystem mit je einem Straßenbahngleis geschaffen werden. Die neue Rheinbrücke wird das Landschafts-bild kaum verändern, da sie sich in ihrer Konstruktion mit den Umrissen der alten Brücke deckt.

Die Autohöhenstrafe im Schwarzwald vor der Vollendung

Der Straßenbau Hundert-Untertmann, das letzte Glied der Durchgangshöhenstrafe Karlsruhe-Baden-Baden — Freiburg/Feldberg/Schwarzwald — Konstanz (Bodensee) schreitet rüstig vor-wärts. Die Arbeiten dürften spätestens bis Mitte Oktober dieses Jahres beendet sein.

Der Erdsturz an der Schwarzwaldbahn

Entgegen anderslautenden Meldungen teilt der Badische Verkehrsverband mit, daß kein Tunnel einsturz im Bereich der Schwarzwaldbahn stattgefunden hat. Ein heftiger Gang am Portal eines überhalb Fröberg gelegenen Tunnels sollte plan-mäßig abgeflacht werden. Dabei war mit der Möglichkeit der Loslösung größerer Erdmassen gerechnet und entsprechende Sicherungen getroffen worden. Der dann tatsächlich einge-tretene Erdsturz vollzog sich ohne Verletzung von Personen und ohne Beschädigung des Tunnels. Die vorübergehende Unterbrechung des durchgehenden Verkehrs erfolgte lediglich zu dem Zweck, die Erdarbeiten ohne Gefährdung des Betrie-bes so rasch wie möglich zu Ende zu führen. Der Personen-verkehr über die Schwarzwaldbahn war dabei nicht im gering-sten gehemmt. Vielmehr wurden die Reisenden zwischen Tri-ber und Sommerau mit bequemen Überlandomnibussen der Reichspost befördert, so daß der Personenverkehr, von verein-gelten geringen Verspätungen abgesehen, sich ohne Einschrän-kung fahrplanmäßig abwickelte.

Zur technischen Anlage der Schwarzwaldbahn selbst sei noch bemerkt, daß seit über 50 Jahren kein größerer Anfall zu verzeichnen ist, der durch Störungen der Bauanlagen hervor-gerufen worden wäre. Die Schwarzwaldbahn, dieses technische Wunderwerk aus den 70er Jahren, das selbst das Vorbild für die Gotthardbahn gegeben hat, darf daher als ein vorbildliches und absolut sicheres Verkehrsmittel der deutschen Mittelgebirge betrachtet werden.

Gemeindebuch der evangelisch-protestantischen Landeskirche

Im Auftrag des badischen Pfarrvereins wurde jetzt von Kir-chenrat H. Renner eine Neuauflage der im Jahre 1900 erschie-nenen evangelischen Gemeindestatistik geschaffen. Sie enthält eine Aufzählung des Bestandes, des Bestandesstandes, der Verkehrs-lage, des Aufgabentrages und der kommunalen Verhältnisse jeder badischen evangelischen Gemeinde sowie ihrer Nebenorte, in denen evangelische Gemeindeglieder wohnen. Ein Anhang zeigt den per-sonellen Aufbau der obersten Kirchenbehörde und der Vereine badischer Geistlicher. Das 248 Seiten umfassende, geschmackvoll gebundene Buch ist durch die Buchdruckerei „Fidelitas“ zu be-ziehen.

Notstandsarbeiten

sollte jetzt jede Gemeinde vorbereiten.
Beratungen, Kostenüberschläge unentgeltlich
Bauleitungen - Finanzierung
Techn. Gemeindebüro
Inh. Reg. - Baurat a. D. O. Kohler
Telefon 2650 Heidelberg Zähringerstr. 38

Der Pestalozzi-Verein badischer Lehrer

Gegründet 1846 zu Achern und nahezu 3000 Mitglieder zäh-lend, hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1921 an Einnahmen 800 134 RM, an Ausgaben 299 788 RM zu verzeichnen. An Sterbegeldern wurden 53 991 RM ausbezahlt. Das Sterbegeld beträgt für ein verstorbene Mitglied 700 bzw. 750 RM, für eine verstorbene Frau die Hälfte. Das Reinvermögen betrug auf 31. Dezember 1929 404 192 RM und hat sich seit 1. Januar 1929 um 17 645 RM vermehrt.

Aus der Landeshauptstadt Wegen Beleidigung des Ministers Kemmele zu 300 RM Geldstrafe verurteilt

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Karlsruhe hatte sich am Dienstag der verheiratete, 35 Jahre alte Kaufmann Otto Ruff aus Bruchsal wegen Beleidigung des Ministers Kemmele zu verantworten. Der Angeklagte hatte im August einem guten Bekannten, dem Bierbrauer K., und dessen Frau er-zählt, es gehe das Gerücht um, daß Minister Kemmele mit einer Prostituierten ein Verhältnis gehabt und dieser 4000 Reichsmark angeboten habe, damit sie Karlsruhe verlassen solle. Der Angeklagte gab zu, das erzählt zu haben, jedoch habe er aber hinzugefügt, daß es unerhört sei, wenn Persön-lichkeiten des öffentlichen Lebens in einer derartigen Weise angegriffen würden. Jemande Absicht habe ihm gänzlich fern gelegen.

Wie die Beweisaufnahme weiter ergab, hatte K. gleich dar-auf einem Bruchsaler Lehrer von diesen Dingen Kenntnis gegeben, der seinerseits sofort dem Minister schriftlich Mit-teilung machte. Minister Kemmele stellte darauf gegen Ruff Strafantrag. — Polizeioberinspektor Weinkauff, der bezüglich der Herkunft des Gerüchtes Erhebungen gemacht und auch die in Frage kommende Frauensperson — Walburga Plesch, genannt Inge — eingehend vernommen hatte, jagte aus, daß sie ihm ausdrücklich erklärte, es sei nichts Wahres an dem Gerücht. Die Plesch sei eines Abends in den Schrempf-Prinz-Gast-stätten gewesen. Am Nachbarisch — dem sogenannten Jäger-tisch, an dem auch der Minister Kemmele gesessen habe — seien Witze erzählt worden. Die Herren hätten schließlich die Plesch aufgefordert, bei ihnen Platz zu nehmen. Als diese an den Tisch herangekommen sei, habe sich ein Herr sofort erhoben, habe bezahlt und sei weggegangen. Dieser Herr sei Mini-ster Kemmele gewesen. Die Plesch habe erklärt, sie habe den Minister nur flüchtig gesehen und noch niemals ein Wort mit ihm gesprochen. — Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Gdert, billigte dem Angeklagten zu, daß ihm eine Beleidigung ferngelegen habe. Es stehe fest, daß die Gerüchte über den Minister vollständig halt- und grundlos seien. Das Gericht beurteilte Ruff unter Belastung mit den Kosten des Verfah-rens an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 4 Wo-chen zu einer Geldstrafe von 300 Reichsmark. — Die gleiche Angelegenheit wird das Karlsruher Gericht übrigens noch einmal beschäftigen in der Beleidigungsklage, die Minister Dr. Kemmele gegen die „Badische Zeitung“ angestrengt hat.

Die Reichsbahn heizt. Wie mitgeteilt wird, hat mit dem heu-tigen Tage die Reichsbahn ihre diesjährige winterrliche Heizungsperiode aufgenommen, noch bevor der neue Winterfahr-plan in Kraft getreten ist. Sie trägt damit dem herbstlichen und unfreundlichen Wetter und den Bedürfnissen des rei-senden Publikums in erfreulicher Weise Rechnung.

Notlandung eines französischen Flugzeugs. Wegen Motor-defekts mußte gestern gegen Mittag auf den sogenannten Bruchwiesen bei Bruchhausen ein französisches Verkehrsflug-zeug der Linie Straßburg-Paris notlanden. Die Besatzung besteht aus dem Piloten und zwei Funkern. Das Flugzeug führte etwa 14 Zentner Posten mit. Da das Gelände, auf dem die Notlandung erfolgte, sehr feucht ist, konnte es von die-sem Platz aus nicht mehr starten. Man verbrachte die Post-sachen zum Flughafen nach Karlsruhe. Inzwischen ist man bestrebt, das bei dem Niedergang tief in den Boden eingesen-gene Flugzeug zu heben und wieder startbereit zu machen. Selbstverständlich gab die unvorhergesehene Notlandung des französischen Flugzeugs auf deutschem Gebiet Anlaß zu einer großen Völkerwanderung. Die Landungsstelle wurde daher so-fort abgesperrt.

Kommunisten und Nationalsozialisten. In der östlichen Kai-serstraße fanden gestern Abend, kurz vor Mitternacht, insolge von Reibereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten größere Menschenansammlungen statt, die ein polizeiliches Einschreiten erforderlich machten. Die Ordnung konnte leicht wieder hergestellt werden. — Die Nationalsozialisten hatten vorher einen großen Umzug mit Ansprachen vor dem städti-schen Ausstellungsgelände veranstaltet.

Badisches Landestheater. Auch in der Spielzeit 1930/31 soll wie im Vorjahr wieder ein besonderer Zyllus „Zeittheater“ eingerichtet werden, der Stücke umfaßt, die ihrer Eigenart wegen nicht in die allgemeine Platzmiete passen. Werke der neuesten Literatur, die sich in kräftiger Weise mit starken Problemen auf den verschiedensten Gebieten beschäftigen, sol-len im Spielplan dieses Zeittheaters erscheinen. Die Auffüh-rung von 5 Stücken ist vorgesehen — Titel werden noch nicht genannt — es wird unter den Autoren Gerhard Menzel, Th. S. van der Velde, Hans J. Rehfisch, Leonhard Frank, A. G. Zajz, A. P. Antoine, Friedrich Wolf Auswahl getroffen wer-den. Wenn auch trasse Darbietungen vermieden werden, so kann doch gesagt werden, daß der Zyllus sich natürlich nur für durchaus reife Menschen eignet, ein Besuch durch Jugendlie-be daher nicht in Frage kommt und auch besonders sensible Personen ihm besser fernbleiben. Die beiden ersten Vorstel-lungen, die vermutlich ein Stück von dem bekannten Arzt von der Velde und das neueste Werk von Gerhard Menzel „Wort“ bringen werden, sind für den 29. Oktober und 27. November festgesetzt. Anmeldungen zur Teilnahme an der Kasse des Landestheaters.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die atlantische Depression arbeitet sich nach Nordosten vor und läßt unser Gebiet im Bereich des langen von den Azoren bis zum Weißen Meer reichenden Hochdruckrückens. Es sieht uns eine Periode trockener Herbstwitterung bevor. Wetteraus-sichten: heiter, trocken, tagsüber warm, örtliche Frühnebel.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. September		23. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.07	169.41	169.29	169.63
Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.37	112.59
Italien . . . 100 L.	21.96	22.00	21.98	22.02
London . . . 1 Pf.	20.381	20.421	20.399	20.439
New York . . . 1 D.	4.1935	4.2015	4.1815	4.1955
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	61.37	61.53	61.455	61.615
Wien 100 Schilling	59.195	59.315	59.26	59.38
Braun . . . 100 Kr.	12.45	12.47	12.462	12.482

Kaweco AG, Heidelberg. In dem Konkurs der Füllfederfabrikant...

Im Vierteljahrsbericht der Pforsheimer Handelskammer für Juni/August heißt es: Da in der Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie...

Spinnerei und Weberei Steinen AG in Lürach. Die Gesellschaft, die mit einem Aktienkapital von 3 Mill. Reichsmark...

Befriedigende deutsche Getreideernte. Nach den im Statistischen Reichsamte zusammengestellten Ergebnissen der Ernteschätzung...

Einführung der Fünftageswoche bei Bata. Der Schuhfabrikant Thoma Bata gibt bekannt, daß er ab 18. Oktober 1930...

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (124/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 15. bis 20. September 1930 auf 102,7 gegenüber 105,0...

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahl für die Gemeinde Horrenberg-Balsfeld (bei Wiesloch) wurde der bisher kommissarisch bestellte Bürgermeister Josef Epp mit 315 Stimmen zum Bürgermeister gewählt...

Am die Oberrealschule Wiesloch. Zu dem in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit erörterten angeblich geplanten Abbau von Oberrealschulen Badens nahm auch der Stadtrat Wiesloch Stellung...

Kleinwohnungsbau in Baden-Baden. Nach dem Vorschlag für den Wohnungsbau für 1930/31 war in Aussicht genommen, für ein Kapital von 200 000 M den Unterschied zwischen dem Hypothekenzinssatz und dem Vordarlehenszinssatz auf die Wohnungsbaufälle zu übernehmen...

Neue Wasserleitung in Durbach. Nach jahrelangem Kampf für den Bau einer Wasserleitung ist jetzt durch die Bereitstellung staatlicher Mittel in Höhe von 39 000 Reichsmark die Voraussetzung für die Ausführung der schon lange fertigen Pläne geschaffen worden...

Der Bürgerausschuß Griebach (bei Oppenau) hat den Vorschlag, bei dem eine Erhöhung von 90 Pf auf 1 M vorgesehene war, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Reichsbauten in Rehl. Die während der Franzosenzeit in Rehl, Sundheim, Neumühl und Auenheim errichteten zinstragenden Reichsbauten sind wie die im übrigen früher besetzten Gebiet durch Kauf an die deutsche Bau- und Boden-AG in Berlin übergegangen...

Enteignungen für die Ringverlegung. Wie nicht anders zu erwarten, gab es beim Landeswerb für die Ringverlegung in Rehl derartige Schwierigkeiten seitens der derzeitigen Besitzer, die für ihre Grundstücke weit über den Wert derselben hinausgehende Preise verlangten...

Fachwerkbauten zur Unterbringung ausgesetzter Mieter. Der Bürgerausschuß Waldfrick beschäftigte sich mit dem Antrag des Gemeinderates auf Aufnahme eines Darlehens von 7000 M zwecks Erstellung einer Wohnbarade für ausgesetzte Mieter...

Wohnungsbauforderung in Lürach. Die Stadtverwaltung Lürach beantragt bei dem auf den 22. September einberufenen Bürgerausschuß die Bewirtschaftung von 260 000 Reichsmark zwecks Förderung der Bautätigkeit...

Kurze Nachrichten aus Baden

10. Mannheim, 24. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird, wie nunmehr endgültig feststeht, am 19. Oktober nach Mannheim kommen, auf dem Flugplatz landen und Passagierflüge unternehmen...

13. Schweigen, 23. Sept. In der Nacht zum Sonntag warf ein Unbekannter einen Stein durch ein Fenster des zweiten Stockwerks des Krankenhauses. Der Stein fiel einer Patientin auf den Kopf, die sich tags zuvor einer schweren Operation unterziehen mußte...

13. Neustadt i. Schw., 23. Sept. Ein Finanzbeamter baut sich ein reines Holzhaus mit zwei Vierzimmerwohnungen nach einer neuen Bauweise. Der Bau begann am 25. August und soll bis Mitte November beendet sein...

13. Rheinheim (bei Badstut), 23. Sept. Laut „Tagbl. vom Oberrhein“ ist man bei den Salzbohrungen in einer Tiefe von etwa 266 Metern auf ein Salzlager gestoßen. Wie mächtig die Salzschicht ist, müssen die Bohrungen der nächsten Zeit ergeben.

13. Von der Saar, 23. Sept. Da zwischen dem Kaufpreis, den der Metzger für Schlachtschweine bezahlt, und dem Fleischpreis in den Metzgereien immer noch ein großer Unterschied besteht, greifen manche Landwirte in verschiedenen Orten der Saar zu einer Art Selbsthilfe. Sie schlachten auf eigene Rechnung und verkaufen das Fleisch zu einem Reichsmark und das Fett in der Regel zu 90 Pf. Das Publikum bemüht sich diese billigere Bezugsquelle von Schweinefleisch.

Staatsanzeiger

Entscheidung in einer Enteignungsangelegenheit. Auf Grund des § 33 (2) des Reichsbaugesetzes vom 30. August 1924 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 1930 (Reichsgesetzbl. II Seite 369 ff.) in Verbindung mit dem badischen Enteignungsgezet vom 26. Juni 1899 (in der Fassung vom 24. Dezember 1908) bestimme ich:

Für die zur Erweiterung der Freiladbegleitanlagen des Reichsbahnhofs Rühlhausen bei Engen (Baden) notwendige Verlegung des längs der Bahn verlaufenden Feldweges und des dem Feldweg parallel laufenden Entwässerungsgabens zwischen km 140, 915 und km 141, 163 der Strecke Offenburg-Singen ist gemäß dem in der Tagfahrt vom 10. Juli 1930 offengelegten Plan und Grundverzeichnisses sowie gemäß der Niederschrift über diese Tagfahrt von dem Grundstück Lgb. Nr. 134 auf Gemarkung Rühlhausen Gemann Ortseiter eine Teilfläche von 81 qm gegen vorherige Entschädigung an den Unternehmer abzutreten...

Berlin, den 8. September 1930. Der Reichsverkehrsminister: gez. von Guérard.

(L.S.) Nr. 86357. Dies wird gemäß § 32 Abs. 2 des badischen Enteignungsgezetes hiermit bekanntgegeben.

Karlsruhe, den 22. September 1930. Der Minister des Innern: J. B. Wetzel.

Einladung

zur Wahl der Bezirke und Kreisabgeordneten des Amtsbezirks Karlsruhe.

Nach § 6 der Kreiswahlordnung (KW.O.) vom 17. September 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 199), 13. Oktober 1926 (Ges. u. Verordn. Blatt Seite 266) und vom 16. Juli 1930 (Ges. u. Verordn. Blatt Seite 89), hat die Neuwahl der Kreisabgeordneten gemeinsam mit der Wahl der Bezirke und mit den unmittelbaren Gemeindevahlen (in den kleinen und mittleren Gemeinden mit den Gemeinderatswahlen, in den übrigen Gemeinden mit den Gemeindeverordnetenwahlen) stattzufinden. Der Wahltag für diese gemeinsame Neuwahl ist vom Herrn Minister des Innern auf Sonntag, den 16. November 1930, festgesetzt worden.

Im Amtsbezirk Karlsruhe sind zu wählen: 13 Bezirke und 31 Kreisabgeordnete.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet und am Wahltag seit sechs Monaten auf der Gemarkung der Gemeinde ihren Wohnort haben, sofern ihr Wahlrecht nicht ruht.

Wählbar sind die im Amtsbezirk wohnhaften, mindestens fünf und zwanzig Jahre alten Wahlberechtigten, deren Wahlrecht nicht ruht (§ 15 der Gemeindeordnung). Wählbar ist auch, wer die Wahlberechtigung in den der Wahl vorangehenden 6 Monaten durch Wechsel des Wohnorts innerhalb des Kreisgebiets verloren hat.

Die Stimmzettel für beide Wahlen werden amtlich hergestellt; jene für die Wahl der Bezirke werden von roter (oder rötlicher) Farbe sein, während die Stimmzettel für die Wahl der Kreisabgeordneten auf blauem (oder bläulichem) Papier hergestellt werden. Nur diese amtlich hergestellten Stimmzettel können gültig abgegeben werden.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bei dem unterzeichneten Bezirkswahlleiter (Bezirksamt, Zimmer Nr. 38) bis zum

Donnerstag, den 30. Oktober 1930, nachmittags 4 Uhr getrennte Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Bezirke und Kreisabgeordneten einzureichen. Die Wahlvorschlagslisten dürfen nicht mehr als doppelt so viel Namen und sollen mindestens ebenso viel Namen enthalten, als Bezirke und Kreisabgeordnete im Wahlbezirk zu wählen sind. Sie müssen von sechs in die Wählerlisten des Wahlbezirks aufgenommenen Personen unterzeichnet sein.

In den Wahlvorschlagslisten sind die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge mit Zu- und Vornamen aufzuführen; ihr Stand, Beruf und Wohnort sind so deutlich anzugeben, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Die Wahlvorschlagslisten müssen erkennen lassen, von welcher Partei oder Wählergruppe sie herrühren. In gemeinsamen Wahlvorschlagslisten mehrerer Parteien oder Wählergruppen muß außerdem angegeben werden, welcher dieser Parteien oder Wählergruppen der einzelne Bewerber angehört. In mehr als einer Liste darf sich kein Bewerber vorschlagen lassen.

Mit der Wahlvorschlagsliste sind einzureichen: a) die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Wahlvorschlagsliste zustimmen, b) die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Bewerber wählbar sind, c) die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner der Wahlvorschlagsliste in die Wählerliste aufgenommen sind.

Die Bescheinigung zu b) und c) werden von den Gemeinden gebührenfrei ausgestellt. Die Unterzeichner einer Liste haben bei der Einreichung einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter aus ihrer Mitte zu benennen, die zu ihrer Vertretung dem Bezirkswahlleiter gegenüber insbesondere auch zur Zuzücknahme und Änderung der Wahlvorschlagsliste als ermächtigt gelten. Fehlt es

an einer solchen Benennung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als Stellvertreter. In gemeinsamen Vorschlagslisten mehrerer Parteien oder Gruppen ist erkenntlich zu machen, welcher dieser Parteien oder Wählergruppen die einzelnen Vertrauensmänner angehören. Bei den Vertrauensmännern ist ihre Wohnung ersichtlich zu machen.

Zur Feststellung der gültigen Wahlvorschlagslisten in öffentlicher Sitzung tritt der Bezirkswahlprüfungsausschuß am Mittwoch, den 5. November 1930, nachmittags 5 Uhr im Bezirksratsaal, hier, Karl-Friedrich-Str. 15, zusammen.

Karlsruhe, den 22. September 1930. Der Bezirkswahlleiter für den Amtsbezirk Karlsruhe: Dr. Bauec.

O. 898. Schönau i. Schw. über das Vermögen der Firma Max Fräulin in Zell, Inhaber Max Fräulin, Vätermeister in Zell, wurde heute nachmittags 1 1/2 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet.

Advertisement for PORPHYRWERK DOSSENHEIM, featuring HANS VATTER DOSENHEIM A.D. REICHSSTADT, LIEFERE AUS SCHLOSS-HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES, STRASSENBAU-MATERIAL, and contact information for Karlsruhe.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 25. Sept. 1930 * D 2 (Donnerstagmiete) 7h. - (Nom. 701-800)

Neu einstudiert: Zalkstall

Lyrische Komödie von Verdi

Dirigiert: Schwarz

Regie: Pruscha

Mitwirkende: Blant, Effelsbroth, Grünwald, Seyfert, Daberhorn, Kalnbach, Riefer, Böser, Rentwig, Derner, Schuster

Anfang 19/1, Ende nach 22 Preise C (1-7 RM)

Fr., 26. Sept.: Lannhäuser. Sa., 27. Sept.: Zum erstenmal: Die Prinzessin und der Entenher. So., 28. Sept.: Der lustige Krieg. Im Konjunktural: Zinken.

Mo., 29. Sept.: Annemie.

Inszerieren bringt Gewinn!